



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich möchte alle Mitglieder und Sympathisanten
herzlich zu einer Diskussion am

**Montag den 12. Juli 2010 um 19 Uhr
im Büro in der Borgfelder Str. 83**

einladen. Die politische Lage gibt derzeit eini-
ges her und wir wollen uns dazu verständigen.
Als die beiden Punkte haben wir vorgesehen:

1. Schulreform - Bildung - Programm

- Wir stehen im Endspurt der Kampagne rund um die Schulreform, am 18. Juli ist "Abgabeabschluss". Wie können wir im Endspurt noch argumentativ einen Zahn zulegen und was machen wir danach?
- Welche Ansprüche an Bildung aus der laufenden Schulreform-Kampagne fehlen im Programmentwurf?
- Welche über das Thema "Schule" weitergehenden Ansprüche haben wir zum Punkt Bildung (z.B. im Bereich Kita, Aus- und Weiterbildung, Uni), wo sind Probleme, Unzulänglichkeiten, Unklarheiten im Programmentwurf?
- Welche Impulse können wir aus dem Programmentwurf für den Endspurt der Schulreform-Kampagne und darüber hinaus ziehen?
- Auf welche Entwicklungen können wir noch im Endspurt reagieren?

Ziel ist es das alle Mitglieder sich dazu einbringen und im Sinne einer emanzipatorischen Bildung auch das Thema Bildung aktiv mitgestalten. Link:

<http://die-linke.de/programm/programmentwurf>

2. Die **politische Lage in der BRD** ist in Bewegung - Wie schätzen wir das ein, was machen wir?

Es tut sich viel, Köhler musste zurücktreten nachdem er etwas ungeschickt aussprach, dass es bei Militär und Krieg um Wirtschaftsinteressen geht, Wulff wurde erst im dritten Anlauf gewählt, über Ole und Guttenberg bis Merkel wird über Rücktritt und Neuwahlen geredet, die Wähler der FDP bekommen mit, dass sie nicht die Klientel dieser Partei sind (wer hat schon ein Hotel?), die Krise will nicht weichen und die Bevölkerung soll das ganze durch Kürzungen ausbaden. Wollen wir dem einfach zusehen?

Ich würde mich freuen wenn wir uns über diese Punkte austauschen könnten, jede und jeder die eine oder andere These dazu mitbringen könnte und wir darüber solidarisch und kontrovers diskutieren könnten.

Mit sozialistischen Grüßen

Tony

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:

Montag, 02.08.2010

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Einladung Mitglieder Diskussion	S. 1
Zerstörung der Stadt	S. 2
Vorstandsklausur	S. 3
Programmdiskussion St. Georg	S. 4
Leserbrief	S. 4
Gregor zur Präsidentenwahl	S. 5
Einladung AG b+g	S. 6
Unser Hamburg – unser Netz	S. 6
Termine/Kontakt	S. 7
Für die PostempfängerInnen: Programmauszug Bildung	S. 8

Zerstörung der Stadt

Millionengrab Hafencity und Musikhalle St. Pauli

Der Senat hatte Anfang 2010 verkündet, einen neuen „Masterplan HafenCity“ vorlegen zu wollen. Grund: Es gebe Unzufriedenheit über die gegenwärtige Entwicklung dieses neuen Quartiers, das „zu wenig lebendig, zu wenig und zu teuer Wohnraum biete und viel zu stark als Standort für hochpreisige Büroflächen ausgerichtet sei“. Schön, dass diese Kritik auch bei der BSU endlich angekommen ist.

Die Verantwortlichen rühmen den überarbeiteten Masterplan als konsequente Erweiterung der positiven Entwicklungen im westlichen Areal und als großen Schritt in Richtung auf eine urbane Innenstadt. Die „HafenCity Hamburg GmbH“ behauptet von dem bisher fertig errichteten Teil, hier habe sich „bereits ein lebendiger Ort“ herauskristallisiert. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, jubelt: man habe „mit den Flächen die einmalige Chance, Hamburg noch attraktiver zu gestalten“

Im krassen Gegensatz zu diesem stadtentwicklungspolitischen Wolkenkuckucksheim steht der mit Mehrheit durch das Parlament gedrückte Beschluss zur Anpassung des Grundstückskaufvertrages für das Überseequartier. Der Abschluss des Kaufvertrages, wie er 2005 festgelegt wurde, enthält in der Tat problematische Klauseln, die jetzt zu einer Erpressungskonstellation für die Freie und Hansestadt Hamburg führen. Eine städtische Übernahmeverpflichtung von 50 000 Quadratmetern Büroflächen mit 15 Jahren Laufzeit der Mietgarantien bedeutet für die Stadt eine unzumutbare finanzielle Knebelung. Das Investorenkonsortium fordert jetzt die Einhaltung der Option ein. Es fehlen die privaten Interessenten, also ist die Stadt im Wort, ganze Behörden in die HafenCity zwangsweise umzuquartieren. Erst sollte das Bezirksamt Hamburg-Mitte vom Klosterwall dorthin verpflanzt werden, verbunden mit der Petitesse, dass diese Behörde am neuen Orte fast das Doppelte an Miete zu zahlen gehabt hätte. Nun soll die Wirtschaftsbehörde vom Alten Steinweg ins Überseequartier wechseln, für die frei werden Räume in der Neustadt ist dann wieder das Bezirksamt Mitte vorgesehen.

Hamburg hat Mühe Behörden zu finden die in die leerstehenden Büroflächen einziehen können. Für die BSU wird in Wilhelmsburg gebaut. Anstatt die vorhandene Zeit zu nutzen und bei neuen Verhandlungen aus der Krise heraus

einen Schritt nach vorne zu gehen sind nur neue Belastungen für die Bürger herausgekommen.

Allein im Jahr 2009 hat sich das Leerstandvolumen bei Bürogebäuden um 17% erhöht. Das sind insgesamt dann 1,17 Millionen Quadratmeter. Ein wichtiger Treiber des Leerstandes war 2009 das hohe spekulative Fertigstellungsvolumen das mit 113.000 Quadratmetern fünfzig Prozent über dem des Vorjahres lag. Und genau dies fand zum großen Teil in der Hafencity statt

Baut endlich Wohnungen!

Während die Büroleerstände in Hamburg bei rund zehn Prozent liegen, sind es bei Wohnungen gegenwärtig unter einem Prozent. Im Nordteil der Hafencity stehen 36.000 Quadratmeter Büros derzeit leer. Gleichzeitig hat die Stadt einen Bedarf an kostengünstigem Wohnraum, insbesondere Sozialwohnungen, der mit über 8000 Wohnungen jährlich beziffert wird. Hier hat der Senat die Chance zumindest den Anteil der Wohnbebauung zu erhöhen nicht genutzt.

Summiert man alleine die Zwangsumzüge, dann hat die Stadt demnächst gut zwei Millionen Euro mehr alleine dafür aufzubringen und zu entrichten, die absurde Grundstücks- und Stadtentwicklungspolitik auszubügeln. Da wird Büroraum ohne Ende gebaut, und die SteuerzahlerInnen müssen das auch noch mitfinanzieren! Da werden kaum Wohnungen und schon gar keine Sozialwohnungen in ausreichender Zahl errichtet, und die BürgerInnen kriegen das in galoppierenden Mietpreiserhöhungen zu spüren!

Wir brauchen also nicht noch mehr Büroräume(-Leerstand), wir brauchen vor allem bezahlbare (Sozial-)Wohnungen in Hamburg! Doch diese Botschaft wird weiterhin auf Senatssebene ignoriert.

Beteiligung geht anders

Ein weiteres bürgerInnenfeindliches Projekt soll in St. Pauli durchgesetzt werden.

Die im Sommer 1951 eröffnete Rindermarkthalle diente lange Zeit als zentraler Viehmarkt und Veranstaltungsraum. Schon seit Jahren wurde von Seiten der Bezirks- und SenatspolitikerInnen darüber spekuliert, was mit dem ca. 4,2 Hektar großen Areal geschehen soll. Die absehbare Schließung des ›REAL‹-Marktes zum 31. Mai 2010 hat diese weitgehend im

Hintergrund betriebenen Überlegungen und Planung auf eine neue Ebene gehoben: Anfang März 2010 wurde in den Medien – sehr zur Überraschung der St. PaulianerInnen – ein mehr oder weniger fertiges, ›ehrgeiziges Stadtplanungsprojekt‹ vorgestellt, in dessen Mittelpunkt eine bis 2013 realisierte ›St. Pauli Music Hall‹ (Grundfläche 5.000 qm) für 4.000 BesucherInnen steht.

Die im März 2010 vom Bezirk Hamburg-Mitte vorgelegten Pläne sehen laut Auslobung einer Machbarkeitsstudie vor:

- einen Nahversorgungs-Discounter (Verkaufsfläche bis zu 2.000 qm),
- eine ›St. Pauli-Markthalle‹ (Verkaufsfläche 3.000 qm),
- ›kleinteiligen Einzelhandel‹ (900 qm),
- Gastronomiebetriebe (3.000 qm),
- ›Büroflächen für die Musik- und Kreativwirtschaft‹ (10.000 bis 16.000 qm),
- daneben Flächen für ›gemeinnützige und kulturelle Nutzungen‹, ›Sport- und Freizeitnutzungen‹, ›spezielle Wohnformen‹ sowie ›Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe‹ (1.650 qm).

Eine Jury hat – unter dem Ausschluss der AnwohnerInnen – Anfang Juli über die Rangfolge der eingereichten sechs Architektenentwürfe entschieden. Alles in allem sind nicht einmal drei Monate Zeit von der offiziellen Vorstellung des Mammutprojekts bis zur Auswahl des vor allem von Bezirksseite favorisierten Konzepts.

Der ›REAL‹-Markt geht nicht ganz freiwillig, denn die Stadt, der das Riesengrundstück gehört, hat dem Marktbetreiber offiziell gekündigt. Mit seiner Schließung geht aber nicht nur eine zentrale Einkaufsgelegenheit für die St. PaulianerInnen verloren, auslaufen wird auch der Untermietvertrag für die Moschee des Mevlana Vereins, die seit 26 Jahren im ersten Stock über dem REAL-Markt angesiedelt ist und für rund 10.000 Muslime zentraler Anlaufpunkt ist. Hier gibt es zudem Kursangebote (Hausaufgabenhilfe, Deutsch, Computer) und eine Tee-

stube. ›Wir wollen hier bleiben‹, wird Vorbeter Mehmet Yilmaz zitiert, ›hier stören wir niemanden, es gibt gute Kontakte zu den Nachbarn, auch die Verkehrsanbindung ist gut. Wir erfüllen eine wichtige Funktion für die Gemeinschaft.‹

Empörend ist einmal mehr, dass der Bezirk Hamburg-Mitte via ›Abendblatt‹ ein fertiges Konzept verkündet, bereits die Aufträge für Machbarkeitsstudien (je drei auf der Basis des bestehenden Gebäudekomplexes und eines kompletten Neubaus) vergeben hat und dennoch im Auslobungspapier behauptet, dass ›die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Bevölkerung bei dem Vorhaben eine große Rolle‹ spiele. Eine offene Diskussion und Zeit für die Entwicklung durchdachter Alternativen waren nicht vorgesehen.

Widerstand zeigt Wirkung

Im Stadtteil gab es zu Recht Protest. Diese Aktivisten, darunter viele Mitglieder der BO St. Pauli, bekräftigten die Ablehnung der Music Hall und eines weiteren Eventcenters, forderten den Erhalt bzw. die Schaffung eines günstigen Discounters, den Bau von Sozialwohnungen und eine angemessene Grünfläche für die Bevölkerung.

Der Protest zeigt Wirkung: Die Grünen im Bezirk Mitte fordern endlich auch die Abkehr vom Plan, eine Musikhalle auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle zu errichten. Sie wollen mit einem Bürgergutachten prüfen, ob auf dem real-Gelände wirklich die vom Bezirk geplante St.-Pauli-Music-Hall stehen muss. Das steht in einem einstimmig gefassten Beschluss des Kreisverbandes der GAL-Mitte. Weiterhin fordert die Partei die Entwicklung alternativer Planungen, Zwischennutzungen mit einem Supermarkt und die Einbeziehung der Anwohner. Mal sehen, ob der Sprengstoff in der rot-grünen Koalition in Mitte wirklich zu einer qualitativen Veränderung führt.

Joachim Bischoff

Der Vorstand geht in Klausur

Der Bezirksvorstand Mitte hat sich zur Vorbereitung seiner Arbeit für das 2. Halbjahr eine Klausur verordnet. Neben der Vorbereitung der Bezirksmitgliederversammlung am 28.8. steht die Erstellung eines Arbeitsplanes an. Welche Aufgaben müssen wir, welche wollen wir in der nächsten Zukunft anpacken? Einige Stichworte stehen auf der Liste, die sich mit Art und Weise der Führung des Bezirksverbandes verbinden, andere mit dem Tätigkeitsfeld der Parteientwicklung.

Auf welche Inhalte wollen wir uns fokussieren. Sind dies Welt-, Europa-, Bundes-, Landes-, Bezirks-, oder Stadtteilthemen? Wie weiter mit der Zusammenarbeit mit der Fraktion?

Das Treffen soll am **Samstag den 17. Juli** in der Borgfelder Str. 83 ab 14.00 Uhr beginnen. Die StadtteilsprecherInnen und mögliche KandidatInnen für den Bezirksvorstand sollten eine Teilnahme an der Klausur erwägen. Der Entwurf wird rechtzeitig rumgemailt und zur nächsten Mitgliederversammlung vorgelegt.

Tilman Rosenau

St. Georg begann Programmdiskussion

Zweimal Nützlichem mit einander zu verbinden bemüht sich die Stadtteilgruppe St. Georg seit Monaten, nämlich Strukturen (wieder) aufzubauen, die die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen und eine gruppeninterne Diskussion an bestimmten Themenkomplexen der Programmdebatte zu initiieren. Zwei Mal ist letzteres schon gelungen, im Mai ging es um die Rente und im letzten Monat um das, was von der Partei und den DGB-Gewerkschaften als „gute Arbeit“ bezeichnet wird. Dies wird jeweils von einem Gruppenmitglied vorbereitet, der oder die dann auch durch diesen Teil der Tagesordnung, die wir natürlich auch immer im Gruppenrundbrief veröffentlichen, führt. Da wir ja noch mehr auf dem Zettel haben jedes Mal, wird zum Ende des Treffens immer jemand für den nächsten Monat verhaftet, der oder die dann Sitzungsvorbereitung und -leitung inne hat. Bernhard hat sich bereit erklärt, jeweils den Rundbrief in bewährter Manier zu erstellen und ihn in Absprache mit Steffen auf die Reise zu schicken. So sind auch die informiert, die selten oder gar nicht beim Gruppenabend vorbeischaun.

Aber zurück zum inhaltlichen Thema „Renten“: Hier wurde erst mal mit dem fast schon obligatorischen Powerpoint-Vortrag das heutige System und mögliche Forderungen daran vorgestellt. Sodann haben wir uns mit dem IV. Kapitel aus dem Programmentwurf (Soziale Sicherheit im demokratischen Staat) befasst, der als Tischvorlage in Auszügen vorlag. Als

Vergleich hatten wir noch einen Ausschnitt aus dem nach dem Anschluss der DDR überarbeiteten so genannten Berliner Programm der SPD auf dem Tisch, welches ja von Lafontaine geprägt gewesen sein soll. In der Diskussion wurde deutlich, dass wir die Begriffe **Umlagefinanzierung** des Sozialsystems, **Selbstverwaltung** des selben und „**Wertschöpfungsabgabe**“ als weitere Finanzierungsmöglichkeit als diskussionswürdig im Prozess der Arbeit am Programm in der landesweiten Programmkommission einfordern möchten. Joachim Bischoff sagte zu, dies einzubringen und vielleicht liest ja die eine oder der andere aus der Kommission auch diese Veröffentlichung aus dem Bezirksverband Mitte, so dass wir als kleine Stadtteilgruppe einwirken können in den großen Prozess.

Aus den Diskussionen zum Thema „Was ist gute Arbeit?“, vor allem festgemacht an der Forderung nach Mindestlöhnen, erwuchs der Bedarf, uns im August über das „Grundeinkommen, bedingungslos oder nicht oder überhaupt nicht?“ zu informieren. Auch hier fand sich ein Mitglied aus unseren Reihen zur Vorbereitung. Es geht also weiter im Herzen von Hamburg-Mitte und hoffentlich auch voran, denn auch der Posten eines Gruppensprechers bzw. einer Gruppensprecherin steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Leser wissen zum Teil, wie schwer sich die Gruppe bisher damit tat.

Volker Honold

Leserbrief zum Bundesparteitags-Artikel von Markus Schneider-Johnen (Mittwoch 6/10)

Anders als unsere drei (Ersatz-)Delegierten war ich als „begleitender Angehöriger“ und somit Besucher auf dem BPT in Rostock. Habe damit natürlich viel weniger mitbekommen als Markus, der ja unten im Plenum saß und vor allem die ganze Zeit dabei war. Aber ich möchte mich von dieser Warte aus zu zwei Sachverhalten bzw. Vorkommnissen melden, die ich vielleicht etwas anders sehe als Markus. Zum einen die Wahl der wohl eher dem Spektrum des Forums demokratischer Sozialismus zugeordneten, meist aus ostdeutschen Landesverbänden stammenden KandidatInnen für den Parteivorstand erst im 2. Wahlgang. Hier wurde vielleicht nicht nur diese Strömung „abgestraft“, sondern man kann es auch als langsame Verschiebung der Akzente Richtung mitgliedermäßig aufstrebender Westgliederungen erfassen. Die Parteigewichte werden sich

in den nächsten Jahren weiter gen Westlinker verschieben, schon aus Altersgründen.

Anzumerken finde ich in diesem Zusammenhang auch, dass im engeren Führungszirkel der Partei außer der Parteivorsitzenden richtige Ossis gar nicht mehr vorhanden sind, eventuell auch schon eine Folge und nicht nur Ausdruck dessen, dass es in der Landespolitik im Osten mehr zu „verteilen“ gibt, und mensch meint, dort in den Parlamenten und in zukünftig wohl mehr Regierungen konkreter für Verbesserungen der Lebenslage der Menschen wirken zu können.

Kritischer als Markus sehe ich das Einrücken der aus Hamburg stammenden MdEP Sabine Wils. Hier ist noch eine Parlamentarierin mehr in das zwar nicht formal aber durch die normative Kraft des Faktischen höchste Parteigremi-

um gewählt worden. Nicht auf unserem Ticket als Hamburgerin, um welches sie sich ja auch gar nicht bemüht hatte, sondern, so ich richtig informiert bin, auf „dem Ticket“ einer der großen bundesweiten Arbeitsgemeinschaften, nämlich Betrieb und Gewerkschaft, für die eine Sympathie zu haben ich nicht verhehlen kann, und eventuell auch unterstützt durch die Sozialistische Linke, eine der großen Strömungen in

der Partei. Wenn ich auch nicht für eine absolute Trennung von Amt und Mandat bin, mir sind dann doch zu viele ParlamentarierInnen im Gremium, auch wenn das alles satzungsgemäß ist, wovon auszugehen ist, hätte sich in unserer munteren Partei sonst doch schon Widerspruch geregt in der Stadthalle der Ostsee-Stadt.

Volker Honold

Dokumentiert: Ein Brief von Gregor Gysi zur Präsidentenwahl:

Liebe GenossInnen,

Christian Wulff ist im dritten Wahlgang von der Bundesversammlung mit absoluter Mehrheit ohne eine Stimme der Linken zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

SPD und Grüne werfen der Linken vor, an ihren fehlenden Stimmen sei die Wahl von Joachim Gauck gescheitert.

Diese Vorwürfe sind haltlos und entbehren jeder Grundlage.

1. Im zweiten und im dritten Wahlgang erhielt der Kandidat von Union und FDP mehr Stimmen als Joachim Gauck, auch wenn die Linken geschlossen für den Kandidaten von SPD und Grünen votiert hätten.

Im ersten Wahlgang war es das gute Recht der Delegierten der Linken auf der Bundesversammlung, ihre Kandidatin, Lukrezia Jochimsen, zu wählen. Sie erhielt zwei Stimmen mehr von Delegierten anderer Parteien.

2. SPD und Grüne stricken nachträglich an der Legende, an der Linken sei ein Sieg über die schwarz-gelbe Koalition gescheitert, fragen sich aber nicht, weshalb sie nicht vor der Nominierung ihres Kandidaten das Gespräch mit uns gesucht haben, um sich auf einen gemeinsamen Kandidaten oder eine gemeinsame Kandidatin zu verständigen, was möglich gewesen wäre.

So geht man nicht mit der Linken um, wenn es ein ernsthaftes Interesse der beiden Parteien für einen gemeinsamen Kandidaten oder eine gemeinsame Kandidatin gegeben hätte. Diesen Umgang muss und wird sich die Linke auch in Zukunft nicht bieten lassen.

SPD und Grüne haben parteitaktisch gespielt, um Union, FDP und Linke zu treffen.

Sie haben in der jüngsten Vergangenheit deutlich gemacht, dass ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Linken mindestens begrenzt ist. An ihnen scheiterten rot-rote bzw. rot-rot-grüne Landesregierungen in Hessen, in

Thüringen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Union und FDP stehen ihnen näher als Die Linke.



Gregor Gysi am 3.7. in Billstedt Foto: H. Jürgens

3. Entscheidend dafür, dass die Linke den Kandidaten Joachim Gauck nicht als gemeinsamen Kandidaten der drei Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag unterstützen konnte, sind tiefgreifende Meinungsunterschiede.

Joachim Gauck befürwortet den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien. Er befürwortet ebenso den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Er rechtfertigt Hartz IV und kritisiert einen „Fürsorgestaat“, leugnet den untrennbaren Zusammenhang von sozialen und liberalen Freiheitsrechten und setzt den Faschismus mit der DDR-Diktatur fast gleich.

Aus diesen Gründen war der Kandidat von SPD und Grünen, der mehr gemeinsame Schnittmengen mit Union und FDP aufweist, für uns nicht wählbar.

Wir erwarten von einem Bundespräsidenten, dass er für Frieden, für den Zusammenhang von sozialen und demokratischen Grundrechten und die Singularität und Nichtvergleichbarkeit der Nazi-Diktatur eintritt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gregor Gysi

Einladung:

„Wie können wir gegen die unsozialen Angriffe der Bundesregierung und des Hamburger Senats erfolgreich mobilisieren?“

Diskussionsrunde

am Dienstag, den 20. Juli 2010 19.00 Uhr

Curienstr. 2 20095 Hamburg

Mit dabei sein werden Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordnete der Linken.

AG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE. Hamburg – SprecherInnenrat:

Kersten Artus/Berno Schuckart /Olga Fritzsche / Bernd Grimmig / Regina Jürgens / Gerald Kemski / Manuela Schenkenberg / Wolfgang Petersen

Für eine erfolgreiche Volksinitiative: Unser Hamburg – unser Netz !

Die am 5. Juli 2010 gestartete Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ findet die volle Unterstützung der LINKEN. Der erfolgreichen Volksinitiative wird im Frühjahr 2011 ein Volksbegehren und 2012, wenn nötig, ein Volksentscheid folgen.

Ende 2014 sind die Konzessionen für die Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in Hamburg neu zu vergeben - für weitere 20 Jahre. Sie können in den Händen der Energiekonzerne Vattenfall und E.on bleiben oder Hamburg kann sie in kommunales Eigentum übernehmen.

Die Energieversorgung Hamburgs ist seit etwa zehn Jahren durch SPD, GAL und CDU privatisiert worden. Die Folgen sind steigende Preise für die normalen Verbraucher, eine extrem klimaschädigende Konzernpolitik (Kohlekraftwerk Moorburg) und drohender Arbeitsplatzabbau.

Nachdem verschiedene Senate in großem Umfang und zum Nachteil der BürgerInnen städtisches Eigentum verkauft haben, kann aus der Rekommunalisierung der Energienetze der Beginn einer Umkehr dieser verhängnisvollen Privatisierungswut werden.

Gilbert Siegler, Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Hamburg, stellt dazu fest: "DIE LINKE fordert nicht erst seit heute die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Mit der Übernahme in die öffentliche Hand, in kommunales Eigentum, muss zugleich sichergestellt werden, dass Energie eingespart wird, dass zügig

auf erneuerbare Energie umgestellt wird, Energie für alle Menschen bezahlbar ist und alle diese Maßnahmen durch demokratische Kontrollen durch die BürgerInnen garantiert werden.

Die geforderte Übernahme der Versorgungsnetze (Strom, Gas, Fernwärme) durch die Stadt muss ein erster Schritt zur Energieversorgung durch Hamburgische Stadtwerke werden, die frei ist von gefährlichem Atomstrom und klimazerstörendem Kohlestrom.

Der Rückkauf der Netze wird die maroden Finanzen der Stadt nicht zusätzlich belasten, weil sich die erforderlichen Kredite problemlos durch die Erlöse aus dem Netzbetrieb bedienen lassen.

Für die gegenwärtigen Netzbetreiber Vattenfall und E.on dienen die Gewinne aus dem Netzbetrieb zur Pflege ihrer Profite. Ein städtischer Betreiber kann sie zur Entwicklung der Netze nutzen und weitere Preissteigerungen für die BürgerInnen verhindern.

Mit der Rekommunalisierung der Netze erhält Hamburg wieder die Kontrolle über die städtische Infrastruktur im Energiebereich. Die Entwicklung der Netze kann nach kommunalen Erfordernissen erfolgen.

DIE LINKE. Hamburg ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, die Volksinitiative **Unser Hamburg – unser Netz** mit ihrer Unterschrift zu unterstützen!

PM der AG Umwelt

Termine in (und für) Mitte

Montag, 12.7., 19 Uhr

Mitgliedertreffen, Thema Schule
Fraktionsbüro, Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 15.7., 16 Uhr

Fraktionssitzung
(bei Bedarf, bitte anfragen)
Fraktionsbüro, Borgfelder Str. 83

Samstag, 17.7., 14 Uhr

Vorstandsklausur
Fraktionsbüro, Borgfelder Str. 83

Sonntag, 18.7., ganztägig:

**Letzte Chance zur Teilnahme
am Volksentscheid**

Mittwoch, 21.7., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/
Borgfelde** (HaHoBo)
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 21.7., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**
Fraktionsbüro, Georg-Wilhelmstr.7a

Mittwoch, 21.7., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**,
GW/Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 28.7.

Wiedereröffnung des **Büros Wilhelmsburg**
Einladung per Mail folgt

Mittwoch, 28.7., 19 Uhr

Bezirksvorstand (parteiöffentlich)
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 29.7., 17 Uhr

Fraktionsversammlung
(bei Bedarf, bitte anfragen)
Büro Borgfelder Str. 83

Die „**Finkenlinken**“ treffen sich ferienbedingt erst wieder am 4.9. zu einer Radtour um die Insel. Genaueres im nächsten Mittenmag.

August

Dienstag, 3.8., 19:00 Uhr

**Es geht wieder los:
Treffen der BO Billstedt**
AWO Merkenstraße, Möllner Landstraße 142

Mittwoch, 4.8., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**
Büro Georg-Wilhelm-Str. 7 a

Mittwoch, 4.8., 19:00 Uhr

Bezirksvorstand
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 18.8., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamm/Horn/
Borgfelde** (HaHoBo)
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 18.8., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/V.**
Fraktionsbüro, Georg-Wilhelmstr.7a

Mittwoch, 18.8., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**,
GW/Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 28.8.

Bezirksmitgliederversammlung mit Wahlen
Genauere Einladung kommt per Brief

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hh.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

	Festnetz	Handy	Mail
Anna Arthur	040 22 75 84 84		A.Arthur@gmx.net
Verena Brachvogel	040 439 77 01		Verena.Brachvogel@gmx.de
Tilman Rosenau (Mittenmag)	040 713 49 21		Tilman.Rosenau@tele2.de
Tony Schinkowski	040 41 16 90 09		ts@best-side.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 754 55 85		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmag)	040 24 57 40		stietz-leipnitz@t-online.de
Landesgeschäftsstelle Martin Wittmaack	040 389 21 64		geschaefsstelle@die-linke-hh.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08		geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20

Auszug aus dem Programmentwurf, Kapitel IV, Abschnitt 2:

Emanzipatorische Bildung

Bildung soll Menschen in die Lage versetzen, als Individuen und gemeinsam mit anderen ein freies, ein sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mit zu gestalten. Eine solche emanzipatorische Bildung erfordert Selbstbestimmung der Lernenden und fördert Kreativität, Kritik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein. Sie entwickelt die Kompetenzen zur Bearbeitung der gesellschaftlichen und globalen Schlüsselprobleme der Menschen.

In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie hierzulande. Das Bildungssystem mit seiner mehrgliedrigen Struktur von höherer und niederer Bildung verstärkt die soziale Auslese und zementiert die Bildungsprivilegien der oberen Klassen. Wir wollen das Grundrecht auf Bildung für alle durchsetzen und Bildungsbarrieren abschaffen. DIE LINKE will keine Auslese und keinen Ausschluss von Kindern und Jugendlichen, sondern ein alle einschließendes, alle förderndes Bildungssystem, in dem alle Kinder möglichst lange gemeinsam in einer Gemeinschaftsschule lernen und alle gefördert werden. Das erfordert auch, das Umfeld, also Kommune, Stadtteil, Freizeit, Sport und Gruppenleben, am Wohl der Kinder und Jugendlichen orientiert zu gestalten. Kinderarmut muss beseitigt werden. Wir treten für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung - unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern - ein. Hohe Qualität der Bildung erfordert eine Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse.

Dazu gehören auch durchgehende Mitbestimmung in allen Bereichen und Stufen des Bildungswesens, eine stärkere Förderung der Bildungsprozesse im vorschulischen Bereich sowie generelle Gebührenfreiheit aller Bildung - von der Kita bis zur Weiterbildung. Darüber hinaus tritt DIE LINKE für eine Strukturreform der Ausbildungsförderung hin zu einer öffentlich finanzierten Erwachsenenbildungsförderung ein, die allen in Aus- oder Weiterbildung befindlichen Volljährigen eine elternunabhängige Förderung bei jeweils individuellem Bedarf sichert, ohne neue soziale Benachteiligungen entstehen zu lassen. Erforderlich sind hierfür umfassende Änderungen im Unterhalts- und Steuerrecht, damit auch sozial schlechter gestellte Haushalte entlastet werden und finanzstarke Haushalte ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Ausbildung junger Menschen und zur Weiterbildung leisten. Diese Erwachsenenbildungsförderung ist für uns eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung eines lebenslangen Rechts auf Bildung für alle. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie die Erwachsenenbildung sind öffentlich und demokratisch zu organisieren. Privatisierungen sind zu stoppen und rückgängig zu machen. Durch eine viertelparitätische Besetzung der Hochschulgremien wollen wir den Einfluss von Studierenden, Beschäftigten und akademischem Mittelbau erhöhen.

Wir fordern ein flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot. Dazu ist eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung notwendig. Die Hochschulen müssen ausgebaut, die Studierendenzahlen erhöht, Reglementierungen abgebaut und Freiräume für kritische Wissenschaften erkämpft werden. Die fortschreitende soziale Auslese der Studierenden lehnen wir ab und fordern ein umfassendes BAföG, das als Vollzuschuss statt als Teildarlehen gezahlt wird. Jeder Studierende soll das Recht auf ein Masterstudium erhalten. Wir wollen Freiräume für kritische Wissenschaft zurückerobern. Ein Hochschulstudium soll auf die individuelle Berufstätigkeit vorbereiten und die Fähigkeit zu kritischem Denken entwickeln. Selbstbestimmte Weiterbildung muss gesetzlich und finanziell für alle geregelt und durchgesetzt werden. Das alles erfordert erheblich mehr öffentliche Mittel für Bildung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die staatliche Finanzarchitektur muss Bildungsausgaben begünstigen und nicht behindern. Bildung ist ein öffentliches Gut, keine Ware!